

Sachdokumentation:

Signatur: DS 172

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/172



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Raubzug auf die Bundeskasse



Milchkuh-Initiative

Nein

5. Juni 2016

Dreist und teuer
Die Kantone sagen NEIN

Übervolle Strassenkassen – Initianten wollen Geld auf Vorrat horten

- Die «Milchkuh-Initiative» ist ein Raubzug auf die Bundeskasse. Der Bau sowie Betrieb und Unterhalt der Strassen sind in der Schweiz bestens ausfinanziert. Das Parlament will die Gelder auch langfristig sichern. Deshalb schafft das Parlament mit dem NAF einen neuen STRASSEN-FONT, in den gemäss Ständerat jährlich zusätzlich 700 Mio. Franken aus der Bundeskasse fliessen sollen.
- Das reicht den Milchkuh-Initianten von auto-schweiz und der Erdölvereinigung noch immer nicht. Sie wollen zusätzliche 1,5 Mrd. jährlich. Sie wollen den Jackpot.
- Die «Milchkuh-Initiative» kostet die Bundeskasse jährlich 1,5 Mrd. Franken. Fallen diese Mittel weg, drohen drastische Sparmassnahmen bei Bildung, Forschung, Landwirtschaft, öV, soziale Wohlfahrt, Entwicklungszusammenarbeit und Armee.
- Dieses Mittel könnten gar nicht ausgegeben werden. Auch der Bundesrat betont, dass damit Mittel auf Vorrat angehäuft würden. Resultat dieses Raubzuges auf die Bundeskasse wären Überschüsse in der Strassenkasse, die an andern Orten schmerzlich fehlten. Bereits jetzt ist die Strassenkasse gut ausfinanziert.
- Mit Annahme der «Milchkuh-Initiative» würde die Strassenkasse überquillen. Das ist völlig absurd, weil in anderen Bereichen Geld fehlen würde.
- Diesen Raubzug gilt es zu verhindern.
- Bei einer Annahme der Initiative müsste sie sofort umgesetzt und die Gelder unverzüglich eingespart werden.

Kürzungen bei Bund und Kantonen

Kürzung pro Jahr

Beziehungen zum Ausland (v.a. Entwicklungszusammenarbeit)	- 150 Mio.
Landesverteidigung	- 250 Mio.
Bildung und Forschung	- 350 Mio.
Verkehr (u.a. des regionalen Personenverkehrs)	- 250 Mio.
Landwirtschaft und Ernährung	- 200 Mio.
Übrige Aufgabengebiete*	- 250 Mio.
Total	- 1'500 Mio.

Quelle: Eidgenössisches Finanzdepartement, EFD

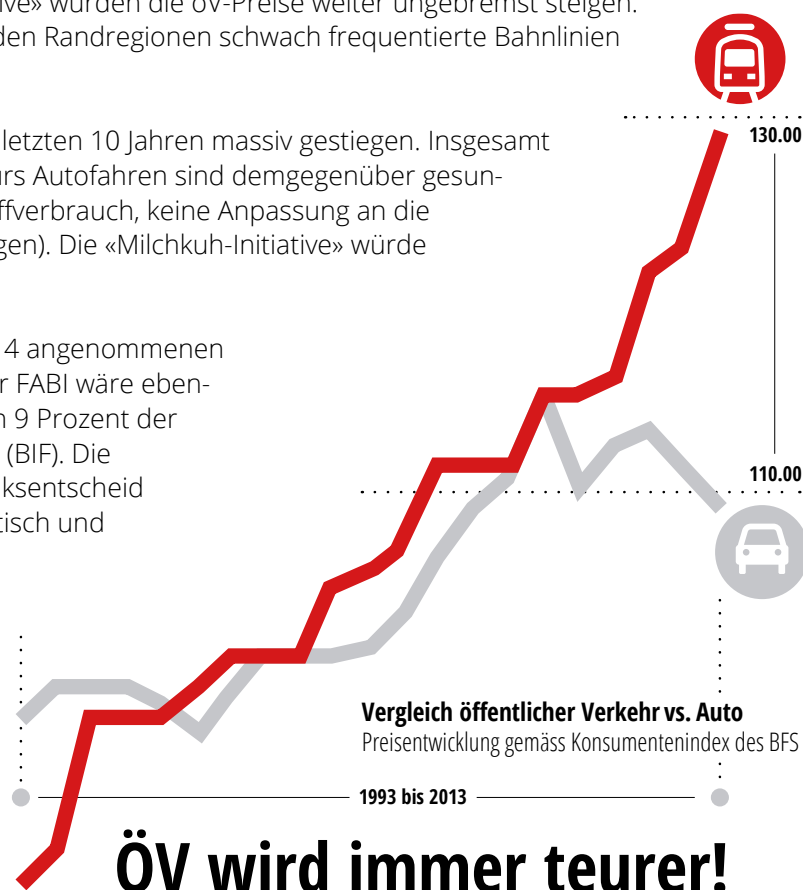
Darüber hinaus verlieren die Kantone Bundeszahlungen in Höhe von 190 Mio. Franken. Betroffen sind der Öffentliche Verkehr (40 Mio.), Bildung und Forschung (125 Mio.), Umweltschutz (25 Mio.).

Wir setzen das beste Transportsystem der Welt aufs Spiel

- Die «Milchkuh-Initiative» setzt unser exzellentes Transportsystem aufs Spiel. In der Schweiz sind die Menschen bis in die Randregionen mit dem Auto und dem öV erschlossen, so gut wie nirgends sonst auf der Welt. Dazu tragen auch die Autofahrer bei.
- Privatverkehr und öffentlicher Verkehr ergänzen sich gegenseitig. Mobilität ist heute eine Selbstverständlichkeit, beispielsweise für Pendler, aber auch für Menschen, die in Randregionen leben und auf gute Strassen und öV-Verbindungen angewiesen sind.
- Mit der Milchkuh geht es ausschliesslich um die Autobahnen. Die Initianten suggerieren mit ihren Bildern, dass das Geld auch für Velo und Bus zur Verfügung steht. Das ist falsch. Die Initiative bringt keinen einzigen Franken mehr für Velowege und Busspuren. Für Umfahrungsstrassen und Fussgänger bringt die Initiative auch nichts.
- Im Gegenteil, wird die «Milchkuh-Initiative» angenommen, laufen die Aggloprogramme mittelfristig aus (im Jahr 2027). Dank diesen können heute auch Projekte für Velofahrer und Busse realisiert werden. In Zukunft fallen auch diese Gelder für Velos und Busse weg.

Weitere Preiserhöhungen und Kürzungen beim öffentlichen Verkehr

- Dem besten Verkehrssystem der Welt droht der Kahlschlag; mit Annahme der Initiative wären zahlreiche öV-Verbindungen, insbesondere in den Randregionen, gefährdet.
- Mit Annahme der «Milchkuh-Initiative» würden die öV-Preise weiter ungebremsst steigen. Zudem müssten insbesondere in den Randregionen schwach frequentierte Bahnlinien eingestellt werden.
- Ohnehin sind die öV-Preise in den letzten 10 Jahren massiv gestiegen. Insgesamt um rund 30 Prozent. Die Kosten fürs Autofahren sind demgegenüber gesunken (tiefer Erdölpreis und Treibstoffverbrauch, keine Anpassung an die Teuerung, Euro-Rabatt auf Neuwagen). Die «Milchkuh-Initiative» würde diese Preisdifferenz verschärfen.
- Die Finanzierung der vom Volk 2014 angenommenen Finanzierung der Bahninfrastruktur FABI wäre ebenfalls akut gefährdet. Aktuell fliessen 9 Prozent der Mineralölsteuer in den FABI-Fonds (BIF). Die «Milchkuh-Initiative» will diesen Volksentscheid rückgängig machen – das ist egoistisch und völlig anmassend.





Initiative unter falschem Vorwand – die Autofahrer sind nicht die Milchkühe der Nation

- Die Initiative wurde unter falschem Vorwand ins Leben gerufen: Die Autofahrer seien die Milchkühe der Nation, weil sie immer mehr in die allgemeine Staatskasse zahlen müssten, unter immer höheren Abgaben und Steuern leiden – die zudem zweckentfremdet würden. Das stimmt nicht.
- Das ist ein Mythos, der von der Autolobby seit Jahren gepflegt wird. Stimmen tut es trotzdem nicht, die Zahlen sagen das Gegenteil.
- Die Strassenkasse verfügt über grosse Reserven. Aktuell sind es über 2 Mrd. Franken. Mit den zusätzlichen 700 Mio. Franken jährlich, die der Ständerat in der Frühlingssession gesprochen hat, wird noch mehr Geld gehortet.
- Die Benzinsteuern wurden seit Jahrzehnten nicht erhöht und nicht einmal der Teuerung angepasst.
- Die Mineralölsteuer ist seit 1993 (43 Rp. / Liter), der Zuschlag seit 1974 (30 Rp. / Liter) nicht mehr gestiegen (die 30 Rappen Zuschlag sind aufgrund der Inflation, die nie bereinigt wurde, heute nur noch rund die Hälfte wert)
- Es stimmt nicht, dass die Strasse für all ihre Kosten aufkommt. Bei Gemeinde- und Kantonsstrassen ist es nur ein Teil. Über alle Strassen gerechnet, deckt der Strassenverkehr 80 – 90 Prozent der Kosten. Nicht eingerechnet sind hier allerdings die externen Kosten, die auf 6,5 Mrd. (motorisierter privater Personen- und Güterverkehr) jährlich geschätzt werden.
- In der Schweiz wird viel in den Strassenbau und den Unterhalt investiert. Seit dem Jahr 2000 wird jedes Jahr mehr als 4 Mrd. in den Strassenbau und den Unterhalt investiert. (Quelle: Litra)
- Das Schweizer Autobahnnetz wurde auf der anderen Seite in den letzten 30 Jahren um die Hälfte ausgedehnt. Die Autobahnen sind zudem in einem guten Zustand.





Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF)

- Die Eisenbahn hat mit FABI eine Fondslösung erhalten, um langfristige Planungssicherheit zu haben. Es ist richtig, dass auch die Strassenkasse in einen Fonds umgewandelt wird. So lassen sich Ausbauschnitte und Engpassbeseitigung sauber planen.
Denn dazu ist der NAF da: Um Engpässe zu beseitigen und unser Nationalstrassennetz weiter auszubauen. Bei der «Milchkuh-Initiative» sind demgegenüber keine Ausbauprogramme vorgesehen.
- Schon jetzt werden die Budgets in der Strassenkasse nicht ausgenutzt. Der NAF sorgt dafür, dass die Strassenkasse auch langfristig über genügend Mittel verfügt, um alle geplanten Strassenprojekte ausfinanzieren zu können.
- Die Strassenkasse erhält mit dem NAF zusätzlich 700 Mio. Franken jährlich aus allgemeinen Bundesgeldern. Damit ist Bau und Unterhalt der Nationalstrassen auch langfristig ausfinanziert. Die Autofahrer müssen lediglich 4 Rappen zusätzlich bezahlen (Erhöhung Mineralölsteuer).
- Positiv ist, dass die Agglomerationsprogramme weiterlaufen.
- Wird die Milchkuh angenommen, landet der NAF im Papierkorb. So wäre die Fonds-Lösung dahin, ebenso der nächste Ausbauschritt der Strasse. Mit dem NAF müsste man zurück auf Feld 1.

Auch alle 26 Kantone wehren sich gegen die Initiative

- Die Konferenz der Kantonsregierungen weist darauf hin, dass die Kantonsfinanzen in verschiedenen Bereichen massiv belastet würden.
- Auf die Kantone würden bei Annahme der Initiative zusätzliche Sparprogramme zukommen. Diese Gelder einzusparen, würde tiefe Einschnitte mit sich bringen. Bereits jetzt schreiben die Kantone insgesamt mehr als 2 Mrd. Defizite. (Quelle: KdK)
- Dass die Kantone durch die Initiative 150 Mio. Franken pro Jahr für den Strassenbau mehr erhalten, kann die Ausfälle bei weitem nicht kompensieren. Denn sie verlieren sofort 200 Mio. Franken Bundesgelder. Und sie werden durch die Kürzungen des Bundes zusätzlich Sparmassnahmen ergreifen müssen.
- Deshalb sagen sämtliche Kantone Nein zur «Milchkuh-Initiative». Selbst die Regierungsräte aus der SVP sind gegen die «Milchkuh-Initiative».

Falsches Steuerverständnis

- Die Initiative ist unsolidarisch. In dieser Logik müssten alle Kinderlosen nichts für die Schulen bezahlen.
- Die Mineralölsteuer ist eine Steuer wie jede andere auch und gehört nicht den Autofahrern.
- In allen Nachbarländer fliesst die Mineralölsteuer zu 100% in die Staatskasse.
- Und die Alkoholsteuer wird auch nicht zur Suchtprävention oder gegen das Beizensterben verwendet.
- Die Billettsteuer wird auch nicht zur Kulturförderung verwendet.

Die Folgen für die Umwelt

- Der öV entlastet die Strasse. Wenn die öV-Leistungen abnehmen und die Billette immer teurer werden, fahren die Leute wieder vermehrt Auto statt Zug. Das belastet auch die Strasse, wo es zu mehr Stau und Umweltverschmutzung kommt.
- Schäden an Umwelt und Gesundheit, welche durch den motorisierten privaten Personen- und Güterverkehr verursacht werden, kosten jährlich 6,5 Mrd. Franken. Diese Kosten gehen zu Lasten der Allgemeinheit. Ein Ja zu dieser Initiative würde noch mehr Luftverschmutzung und CO²-Emissionen bringen.
- Die Schweiz ist ein kleines Land. Das Strassennetz kann nicht unendlich ausgebaut werden. Bereits heute entfällt ein Drittel der bebauten Fläche auf die Verkehrsinfrastruktur, 90% davon sind Strassen. Würden nun zusätzliche 1,5 Mrd. Franken für den Strassenbau ausgegeben, würde jedes noch so absurde Projekt realisiert. Das Resultat ist klar: Die Asphaltierung der Schweiz und die weitere Zersiedelung unseres Landes.

Externe Kosten des Strassenverkehrs betragen rund 6.5 Mrd. Franken

Externe Unfall-, Umwelt- und Gesundheitskosten, 2010



Datenblog Grafik.mde/Quelle: Bundesamt für Statistik



Sparmassnahmen in folgenden Bereichen

Die Bundesfinanzen stehen bereits heute stark unter Druck. Bis 2019 muss der Bund bereits 4 Mrd. Franken einsparen. Kommen per sofort weitere 1,5 Mrd. Franken jährlich hinzu, die eingespart werden müssten, kommt es in verschiedenen Bereichen zu schmerzhaften Kürzungen.

- **Öffentlicher Verkehr**

Der öffentliche Verkehr ist in den letzten 10 Jahren um 30 Prozent teurer geworden. Mit Annahme der «Milchkuh-Initiative» würden die Preise weiter rapide steigen. Zudem müssten insbesondere in den Randregionen schwach frequentierte Bahnlinien eingestellt werden.

- **Bildung und Forschung**

Als Folge der anmassenden «Milchkuh-Initiative» der Strassenverbände soll bei Bildung und Forschung drastisch gespart werden. Die «Milchkuh-Initiative» führt zu Kürzungen von 475 Mio. Franken (350 Mio. + 125 Mio. auf Ebene Kantone) pro Jahr bei Bildung und Forschung. Die Initiative ist ein direkter Angriff auf Schulen, Lehrer, Studenten und Forscher. Nein zur «Milchkuh-Initiative» heisst, Bildung und Forschung vor drastischen Sparmassnahmen zu schützen.

- **Landwirtschaft**

Die «Milchkuh-Initiative» ist auch ein Angriff auf das Agrarbudget. Würde diese unfaire Initiative angenommen, müssten die Direktzahlungen um nochmals 200 Mio. Franken pro Jahr gekürzt werden. Die Strassenverbände vollführen einen regelrechten Raubzug auf die Bundeskasse. Das trifft Bäuerinnen und Bauern direkt. Daher sagt auch der Bauernverband Nein.

- **Entwicklungszusammenarbeit**

Entwicklungszusammenarbeit reduziert Migration und Armut. Schockierend, dass nun die Initianten der «Milchkuh-Initiative» in Kauf nehmen, dass bei der Entwicklungshilfe drastisch gespart werden muss. Durch den Raubzug der Strassenverbände auf die Bundeskasse müssten weitere 150 Mio. Franken pro Jahr aus der Entwicklungshilfe gestrichen werden. Schon jetzt wird weniger in die Entwicklungszusammenarbeit investiert, als 2011 beschlossen wurde (0.5 % des Bruttonationaleinkommens).

Raubzug auf die Bundeskasse



Milchkuh-Initiative

Nein

5. Juni 2016

Dreist und teuer
Die Kantone sagen NEIN